



Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Gesundheit, Pflege
und Demografie
Herrn Dr. Peter Enders, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz



DIE MINISTERIN

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@msagd.rlp.de
www.msagd.rlp.de

16. Mai 2018

Mein Aktenzeichen
PuK-01 421-2-61/18

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Dagmar Rhein-Schwabenbauer
Dagmar.Rhein@msagd.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-2415
06131 1617-2415

20. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie am 3. Mai 2018

hier: TOP 11

Innovative Wohn- und Quartiersprojekte
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vorlage 17/3016

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Enders,

in der 20. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Demografie am 3. Mai 2018 wurde der oben genannte Tagesordnungspunkt mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt.

Ich berichte daher wie folgt:

Die meisten Menschen möchten auch im Alter und bei Pflegebedarf so lange wie möglich in ihrer Wohnung leben und im gewohnten sozialen Umfeld bleiben. Neue Wohnformen setzen neben Barrierefreiheit und Wahlfreiheit bei Pflegeleistungen auch auf neue Formen des Miteinanders - innerhalb einer Wohnung, innerhalb eines Hauses und auch im ganzen Dorf oder Quartier. Sie bieten den Bewohnerinnen und Bewohnern vielfältige Kontakte und Möglichkeiten, sich einzubringen und aktiv zu bleiben. Zudem erleichtern sie ehrenamtliche Hilfen und professionelle Versorgungsangebote. Dadurch können sie dazu beitragen, stationäre Versorgung zu vermeiden oder zu verzögern.

- 1 -

Blinden und sehbehinderten
Personen wird dieses Dokument
auf Wunsch auch in für sie wahr-
nehmbarer Form übermittelt.

Abteilung Gesundheit:
Stiftsstraße 1-3 • Fax 06131/164375



Neue Wohnformen sind deswegen auch Teil der Demografie- und der Pflegestrategie. Sie unterstützen die Teilhabe älterer und behinderter Menschen und leisten einen Beitrag, Angehörige und Pflegekräfte zu entlasten.

Die Landesregierung fördert in Rheinland-Pfalz innovative Wohn- und Quartiersprojekte, in denen junge und alte, arme und reiche Menschen in der vertrauten Umgebung vor Ort gemeinsam leben, sich gegenseitig unterstützen und ein möglichst selbstständiges Leben führen können. Darunter fällt gemeinschaftliches Wohnen, Mehrgenerationen-Wohnprojekte, Wohnen mit Versorgungssicherheit, Wohn-Pflege-Gemeinschaften, Mietervereine, Baugruppen und Baugemeinschaften mit innovativen Ansätzen, aber auch Dörfer und Quartiere mit neuen Wohn- und Versorgungsangeboten.

Als zentrale Informations- und Anlaufstelle für die Projekte gibt es seit dem Jahr 2015 die Landesberatungsstelle Neues Wohnen bei der Landeszentrale für Gesundheitsförderung Rheinland-Pfalz e.V. Unter dem Dach der Landeszentrale wird auch das Projekt WohnPunkt RLP geführt, mit dem der Aufbau dörflich eingebetteter Wohn-Pflege-Gemeinschaften in Kommunen unter 5.000 Einwohnern gefördert wird. Seit dem Jahr 2015 organisiert das Land über die Landesberatungsstelle Neues Wohnen eine Arbeitsgemeinschaft mit der Wohnungswirtschaft und den interessierten Kommunen zum „Wohnen mit Versorgungsangebot“ nach dem Bielefelder Modell, das bereits in Mainz, Kaiserslautern und Speyer umgesetzt wurde. In Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium unterstützt eine Moderationsförderung die Gründung von Wohngenossenschaften und es können zinsgünstige Darlehen der ISB im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung, speziell für Wohn-Pflege-Gemeinschaften und zum Bau von Gemeinschaftsräumen und Quartierstreffs, eingesetzt werden.

Aktuell gibt es in Rheinland-Pfalz rund 90 Wohn-Pflege-Gemeinschaften und über 40 Wohnprojekte. Im Rahmen der Arbeit der Landesberatungsstelle wurde deutlich, dass viele Projekte gerade am Anfang erhebliche Startschwierigkeiten haben und dadurch die Realisierung verzögert oder sogar verhindert wird.



Seit dem Jahr 2017 gibt es daher ein neues ergänzendes Förderprogramm: Die Anschubförderung für innovative Wohn- und Quartiersprojekte. Angesprochen sind private Initiativen, Vereine, Verbände, aber auch Kommunen sowie die Sozial- und Wohnungswirtschaft.

Förderfähig sind Kosten für Moderation, professionelle Begleitung, Öffentlichkeitsarbeit sowie Personal- und Sachkosten. Pro Jahr stehen 100.000 Euro für die Förderung zur Verfügung. Die Projekte können bis zu 10.000 Euro Zuschuss erhalten, wenn sie mindestens 30 Prozent Eigenanteil erbringen und vorab eine Beratung durch die Landesberatungsstelle Neues Wohnen erfolgt ist. Die Konzepte sollen innovativen Charakter haben und besonders Menschen mit Behinderungen sowie älteren oder pflegebedürftigen Menschen einen Verbleib in der eigenen Wohnung oder im gewohnten Wohnumfeld ermöglichen. Die Initiativen müssen in ihren Anträgen auch ganz konkrete Schritte herausarbeiten, die sie innerhalb von sechs Monaten umsetzen wollen. Gerade in diesem Prozess der Konkretisierung kann die Landesberatungsstelle die Antragsteller mit viel Erfahrung und Sachverstand unterstützen.

Insgesamt wurden seit Februar 2017 bis heute 13 Projekte über die Anschubförderung gefördert. Gerne möchte ich Ihnen drei davon kurz vorstellen, um Ihnen einen Überblick über die Vielfalt der Projekte und Herausforderungen zu geben:

1. In Trier-Ehrang strebt der Club Aktiv e.V. die Gründung einer Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz an, die in die Quartiersarbeit des Stadtteils eingebunden ist. Das Projekt wurde im Jahr 2017 mit 9.200 Euro für Öffentlichkeitsarbeit und Aufbau des Ehrenamtes gefördert. Aktuell ist das Projekt in Bau. Die offizielle Eröffnung ist für den 29. Juni 2018 vorgesehen.
2. Die Wohnbau Mainz errichtet in Mainz-Ebersheim ein generationenübergreifendes Quartiersprojekt mit barrierefreien Wohnungen und einem Sozialdienst, nach dem Vorbild des Bielefelder Modells.



Das Projekt wurde im Jahr 2017 mit 10.000 Euro für Öffentlichkeitsarbeit und Personal für den Aufbau des Quartiersmanagements durch den Sozialdienst „gps“ gefördert. In drei Gebäuden entstehen hier 75 Wohnungen. Der Bezug soll ab Mai 2018 erfolgen.

3. Der Bürgerverein „ZammeZiehen“ in Edenkoben (Landkreis Südliche Weinstraße) strebt ein Mehrgenerationenwohnprojekt in der ehemaligen Schule an. Das Projekt wurde im Jahr 2017 mit 10.000 Euro für die Entwicklung eines Gesellschaftervertrages und Moderation gefördert. Zwischenzeitlich hat der Verein die Schule gekauft und tritt jetzt in die Bauphase ein. Es sollen 9 bis 10 Wohneinheiten entstehen.

Die Landesregierung will die Unterstützung für neue innovative Wohnprojekte auch in den Jahren 2019 und 2020 fortsetzen. Im Haushaltsentwurf sind deswegen auch für diese Jahre je 100.000 Euro für die Anschubförderung vorgesehen.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Bätzing-Lichtenthäler